inFranken.de

Haßberge

Der Loacker-Skandal zieht Kreise

26.05.2012 Fränkischer Tag

Umwelt Ein Umweltskandal zieht Kreise: Der Landtag in München wird sich mit dem Fall Loacker in Wonfurt beschäftigen - und der Staatsanwalt. Der Umweltausschuss des Landtags hat einen Fragenkatalog der Grünen-Fraktion an die Regierung weitergeleitet. Die Bürgerinitiative "Lebenswertes Wonfurt" hat Strafanzeige erstattet.

Bei der Anfrage der Grünen im Landtag, die von allen Fraktionen mitgetragen wird, geht es um die Chronologie der Ereignisse in Wonfurt. Wer hat wann was gewusst? Was wurde wann von wem genehmigt? Wer hat wie kontrolliert? Gut ein Jahr nach dem Bekanntwerden der Vorfälle auf dem Gelände der Recyclingfirma in Wonfurt sehen die Grünen ebenso wie die Mitglieder der Bürgerinitiative mehr offene Fragen als Antworten. Loacker, ein österreichisches Unternehmen, verarbeitet in seiner Niederlassung in Wonfurt Elektroschrott und Kabelabfälle. Das Material wird zwischengelagert, dann geschreddert und schließlich in wertvolle Metalle und unbrauchbaren Abfall (Kunststoff) getrennt.

Zu viel Staub

Bei diesen Prozessen in der offenen Halle kommt es immer wieder zur Staubentwicklung; zudem hat sich in der Vergangenheit der Schredder mehrfach überhitzt, so dass es zu Bränden kam. Mit dem Staub und dem Rauch sind giftige Stoffe in die Umgebung gelangt. Die Bürgerinitiative "Lebenswertes Wonfurt" fürchtet, dass die Böden rund um das Loacker-Grundstück in Wonfurt über Jahre unter anderem mit Schwermetallen verseucht wurden, zumal es wohl bereits bei der Vorgänger-Firma, die Loacker 2007 übernommen hatte, Probleme gab.
In diesem Zusammenhang werfen die Sprecher der Bürgerinitiative in Wonfurt, Andrea und Petra Werner, den Behörden, namentlich dem Landratsamt vor, bei den Genehmigungen für den Loacker-Betrieb blauäugig gewesen zu sein und in der Folge zu lasch kontrolliert zu haben. Inzwischen gibt es rund um Loacker ein Netz von Messstellen, und der Betrieb in Wonfurt läuft seit Monaten eingeschränkt. Diese Maßnahmen seien aber zu spät gekommen, klagt die Bürgerinitiative. Ob dieser Vorwurf berechtigt ist, soll jetzt im Auftrag des Umweltausschusses die bayerische Staatsregierung klären.

Strafanzeige

Klare Worte erhofft sich die Bürgerinitiative auch von der Staatsanwaltschaft in Bamberg. Hier geht in den nächsten Tagen die Strafanzeige der BI gegen Unbekannt ein. Ihre Vorwürfe, darunter "Vorteilsgewährung im Amt" und "Verletzung der Vorsorgepflicht", stützt die Bürgerinitiative auf zahlreiche Gutachten zur Umweltbelastung .

